



Laupheim

Schrift: ☐ ☒

"Sehen keinen Anlass für Verzicht"



Bild: 9533968_GST.onlineBild.jpg

"Sehen keinen Anlass für Verzicht"

LAUPHEIM - Acht Prozent mehr Lohn will die Gewerkschaft IG Metall in der laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie herausholen. Kann es angesichts der weltweiten Finanzmarktkrise und düsterer Konjunkturprognosen bei dieser Forderung bleiben? "Ja", sagt der Geschäftsführer der IG Metall Ulm, Reinhold Riebl, im Gespräch mit Roland Ray.

SZ: Herr Riebl, in den zurückliegenden Tarifrunden haben die Arbeitgeber die IG Metall zur Mäßigung aufgerufen, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Bekommen Sie jetzt zu hören: "Ein hoher Abschluss verschärft die Finanzkrise"?

Riebl: Es werden sich Arbeitgeber finden, die die dramatische Entwicklung der vergangenen Wochen benutzen, um unsere Verhandlungsposition zu schwächen. Wir sehen allerdings keinen Grund, zum jetzigen Zeitpunkt kollektiv und vorsehend Verzicht zu üben.

SZ: Wie begründen Sie diese Haltung?

Riebl: Mit der überaus guten Entwicklung, die die Metall- und Elektroindustrie zuletzt genommen

hat. Vor drei Wochen haben wir die Betriebsräte in der Region Ulm-Laupheim-Biberach gebeten, die Lage in ihren Unternehmen zu beschreiben. Für 2007 ergab sich das ungetrübte Bild einer außergewöhnlich guten Ertragssituation. Auch im Geschäftsjahr 2008 ist von stabilen Verhältnissen auszugehen, die Auftragsbücher sind voll. Vor diesem Hintergrund fordern wir acht Prozent mehr Lohn. Die Beschäftigten in den Betrieben, die dieses Jahr real an Einkommen verloren haben, möchten jetzt an den hohen Erträgern partizipieren. Das haben sie sich erarbeitet. Über die Einkommen sichern wir im Übrigen auch die Kaufkraft ab.

SZ: Die Schatten am Konjunkturhimmel sind aber doch nicht zu übersehen. Die Automobilhersteller treten auf die Bremse und die Autozulieferer spüren bereits die Folgen, auch hier bei uns.

Riebl: Für die überwiegende Mehrheit der 40 000 Beschäftigten im IG-Metall-Verwaltungsbezirk Ulm kann ich keine akute Bedrohung erkennen. Die Autobranche hatte schon vor der Finanzmarktkrise Probleme, weil sie zu spät den Klimawandel berücksichtigt hat. Das sind Anpassungsprozesse, die mit der jetzigen dramatischen Zuspitzung auf dem Banken- und Börsensektor ursächlich nichts zu tun haben.

© Copyright by Schwäbische Zeitung Online, Gesellschaft für Multimedia mbH & Co. KG - alle Rechte vorbehalten.
info@szon.de

SZ: Es kommt eins zum anderen

Riebl: Das stimmt, und richtig ist leider auch, dass es für die IG Metall dadurch schwieriger wird, sich durchzusetzen.

SZ: Es wird befürchtet, dass die Finanzkrise die Wirtschaft schwächt. Wie will die IG Metall reagieren, wenn das Geschehen weiter eskaliert?

Riebl: Dann müssen wir im Einzelfall nach Wegen suchen, die zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse führen. Wir bieten den Arbeitgebern an, gemeinsam Lösungen zu finden. Für einen vorausseilenden Pauschalverzicht in den anstehenden Tarifverhandlungen gibt es aus heutiger Sicht jedoch keinen Anlass, und ich appelliere an die Arbeitgeber, sich jetzt nicht zu Profiteuren der Finanzmarktkrise zu machen, indem sie unsere Forderungen mit der aktuellen Entwicklung auf den Geldmärkten zurückweisen. Die inter-nationale Gemeinschaft hat milliardenschwere Rettungspakete geschnürt; in Erwartung einer allge-meinen Be-ruhigung bestehen wir darauf, dass die Beschäftigten fair entlohnt werden. Die heraus-ra-gende Wett-bewerbsfähigkeit der deutschen Metallindustrie ist in den Fabriken, nicht an den Börsen entstanden. Daraus leiten wir ab, dass unsere Forderungen berechtigt sind.

SZ: Welche Instrumente sehen Sie, um einer sinkenden Auslastung in den Betrieben zu steuern?

Riebl: Da würde ich zuerst einmal auf die völlig ausgeuferten Zeitguthaben zurückgreifen, die sich während des Booms angesammelt haben. Damit lässt sich einiges abfedern.

SZ: Der IG-Metall-Chef Berthold Huber hält angesichts der Finanzmarktkrise eine längere Laufzeit des neuen Tarifvertrags für möglich. Eine tragfähige Idee?

Riebl: Die entscheidende Größe ist nicht die Laufzeit, sondern das Volumen. Unsere aktuelle Beschlusslage lautet acht Prozent über zwölf Monate.